

-m- Nackenheim. Beim jüngsten Bürgergespräch beantragten zahlreiche Bürger der Bornwiese eine Änderung der Ortssatzung zur Erhebung der Kanalisationsausbaukosten. Demnach sollten die Besitzer von mehrstöckigen Gebäuden mehr zur Kasse gebeten werden, als die Bürger mit eingeschossigen Wohnbauten. Nach ihrer Ansicht wird die Kanalisation dort mehr frequentiert als nur bei Einfamilienwohnhäusern. Danach sollten jeweils zu einem Drittel die Kosten auf die Beitragspflichtigen nach der Grundstücksgröße sowie der Geschoßzahl der Häuser umgelegt werden.

Bürgermeister Günter Ollig erklärte hierzu, eine ganz gerechte Lösung werde es in diesem Falle nie geben. Der Gemeinderat habe damals nach der Muster-satzung von Rheinland-Pfalz beschlossen, die Berechnungen fünfzig Prozent der Grundstücksgröße sowie die gleiche Prozentzahl nach den Frontmetern anzurechnen. Verbandsbürgermeister Gerhard

Bürger wollen Änderung der Ortssatzung

22.
2.
74

Krämer vertrat die Ansicht, es sei fraglich, ob man jetzt noch eine solche Änderung vornehmen kann. Die jetzt gültige Satzung habe rechtmäßig offen gelegen. Einsprüche seien hierzu nicht erfolgt. Die Frage sei nun, ob sich der Rat entschieße für künftige Neubaugebiete eine solche Regelung vorzusehen.

Auf die Frage einiger Bürger, warum das neue Pumpwerk „Haferwiesen“ noch nicht arbeite, antwortete Ingenieur Weiland. Zum Anschluß an das Starkstromnetz würden noch 25 000 Mark fehlen. Es sei gefährlich einen notdürftigen Anschluß herzustellen, weil sonst bei star-

kem Regen die Gefahr bestehe, daß die Anlage überflutet werde und die Pumpen es nicht schaffen würden.

Bürgermeister Ollig erklärte, die Weinbergstraße sei jetzt noch nicht in ihrem endgültigen Zustand. Sobald es die Witte-rung erlaube, erhalte die Straße wieder eine ordnungsgemäße Fahrbahndecke.

Ratsmitglied Franz Josef Bernard be-tonte zu den restlichen Erhebungen der Kanalisation, man dürfe keineswegs eine Milchmädchenrechnung aufmachen. Der Bürger solle wissen, daß bei einer durch-schnittlichen Grundstücksgröße von fünf-hundert Quadratmetern und etwa acht-zehn Metern Frontlänge noch ein Betrag von etwa 2000 Mark zu zahlen sei.

Ratsmitglied Anton Feist hob hervor, er habe sich bereits im Dezember für Vor-ausleistungen ausgesprochen. Wenn der Bürger dabei Geld an Zinsen spare, so sei dies die einzig richtige Lösung. In diesem Sinne sprachen sich auch eine Vielzahl der Bürger aus.